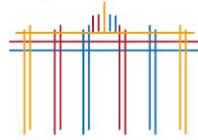


125 Jahre



Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V.

Pressemitteilung

Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V.

bdo, Fuhrgewerbe-Innung und IHK Berlin lehnen Berliner Forderung nach Einführung einer Busmaut ab

(Berlin, 11.02.2011)

Das Land Berlin will die Bundesfernstraßenmaut auszudehnen und zukünftig auch Omnibusse für die Benutzung von Autobahnen zusätzlich bezahlen lassen. Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer bdo, die Fuhrgewerbe-Innung und die Berliner IHK reagierten auf diesen Berliner Alleingang mit großem Unverständnis und befürchten darin weitere Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der Busunternehmen.

Das Land Berlin hatte für die Sitzung des Verkehrsausschusses des Bundesrats Ende Januar den Antrag eingebracht, bei der Änderung des Mautgesetzes für Bundesstraßen die Mauterhebung auch auf Kraftomnibusse auszudehnen. Weder der bdo noch die Fuhrgewerbe-Innung als Interessenvertretung der Berliner Busunternehmen wurden im Vorfeld darüber informiert oder zu möglichen Auswirkungen für Berliner Unternehmen befragt. Auch die Berliner IHK als Repräsentantin der Gesamtwirtschaft in der Hauptstadt war nicht informiert worden.

Unverständlich ist den Organisationen der Wirtschaft, warum Berlin ohne Not so vordrescht und den Berliner Busunternehmen zusätzliche Kostenbelastungen verschaffen will. Eine Maut für Busse träfe gerade die Berliner Busunternehmen besonders heftig, denn historisch gewachsen ist Berlin die einzige deutsche Stadt, die über gute nationale und internationale Fernbusverbindungen verfügt.

Die Maut würde den Wettbewerb zu Lasten des Omnibusses weiter verzerren und nicht zuletzt auch die Preise für Bustickets erhöhen. Und das trifft besonders auch den Reiseverkehr und konterkariert alle Bemühungen des Landes, den Tourismusstandort Berlin zu stärken. Tausende Touristen erreichen Berlin jährlich aus unterschiedlichsten Anlässen mit dem Reisebus. Gerade der Reiseverkehr ist aber ein besonders preissensibles Segment. Jeder fehlende Tourist führt zu zusätzlich fehlenden Einnahmen in Handel, Gastronomie und Kultur, befürchten IHK und Fuhrgewerbe-Innung.

Untersuchungen haben gezeigt, dass der Straßenverkehr über Steuern und Abgaben schon jetzt deutlich mehr zur Finanzierung der Infrastruktur beiträgt, als er an Kosten verursacht und damit quasi auch den Schienenverkehr subventioniert. Darüber hinaus ist der Omnibus das umweltfreundlichste Verkehrsmittel und kommt im Gegensatz zur Bahn ohne Subventionen aus. Und dass als Begründung für den Vorstoß Berlins der Wettbewerbsschutz für die Bahn erhalten muss, ist angesichts der Berliner Erfahrungen mit der DB-Tochter S-Bahn aus Sicht der Innung schon zumindest erklärungsbedürftig.

Verantwortlich: Gerd Bretschneider

Telefon: 030 – 251 06 91

Fax: 030 – 251 06 93

e-Mail: info@fuhrgewerbe-innung.de

Internet: www.fuhrgewerbe-innung.de